

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Der Präsident dankte für die aktive Mitarbeit Liechtensteins

Liechtensteinischer Vorsitz in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bei der Fragestunde der Abgeordneten

Bevor Regierungschef Hans Brunhart am Dienstag nachmittag – wie bereits kurz berichtet – als Vorsitzender des Ministerkomitees in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg zur Beantwortung der Fragen aus den Reihen der Parlamentarier schritt, nahm der Präsident der Parlamentarischen Versammlung die Gelegenheit wahr, um Liechtenstein für seinen aktiven Beitrag und seine aktive Mitarbeit im Europarat zu danken. Namentlich erwähnte er Regierungschef Brunhart für die Übernahme des Vorsitzes im Ministerkomitee und Prinz Nikolaus für seine umsichtige und effiziente Tätigkeit als Ständiger Vertreter unseres Landes in Strassburg. Im Rahmen der periodisch stattfindenden Fragestunde hatte Regierungschef Brunhart eine Reihe von Fragen zu beantworten, darunter auch zwei Fragen des FDP-Abgeordneten Louis Gassner sowie des VU-Abgeordneten Paul Kindle zum Budget des Generalsekretariates bzw. zur Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

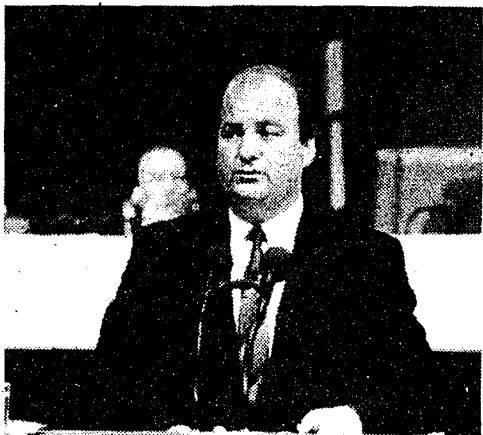
Regierungschef Hans Brunhart war um 15 Uhr in Begleitung von Prinz Nikolaus und dem Leiter des Amtes für Auswärtige Beziehungen, Roland Marxer, sowie dessen Mitarbeiter Dr. Daniel Ospelt in den Plenarsaal des Europarates getreten. Nach einer kurzen Einführung und der Abstattung des Dankes für die liechtensteinische Mitarbeit durch den Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung, gab Brunhart als Präsident des Ministerkomitees eine längere Erklärung ab, in der er vor allem Bezug auf die Arbeit des Ministerkomitees nahm, aber auch die liechtensteinische Position im Europarat darstellte. Die Antworten auf die vorher schriftlich eingereichten Fragen waren zwar wohlabgewogen formuliert, doch gestattete der Präsident der Parlamentarischen Versammlung den Fragestellern im Anschluss an die Beantwortung eine Zusatzfrage, die mit Ausnahme der liechtensteinischen Abgeordneten von allen benutzt wurde, so dass Brunhart gezwungen war, spontan über die vorbereiteten Antworten hinaus Stellung zu beziehen.

Als Vorsitzender des Ministerkomitees begann Regierungschef Brunhart seine Erklärung mit einem Hinweis auf die Bestrebungen hinsichtlich einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa und erwähnte in diesem Zusammenhang einen Briefwechsel zwischen dem Generalsekretär des Europarates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, der enge Formen der Kontaktnahme und der Koordination zwischen den beiden europäischen Gremien vorsieht. Brunhart gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass dieser Briefwechsel mit Leben erfüllt werde.

Mit Befriedigung stellte er im weiteren fest, dass bereits gemeinsame Projekte wie das 1988 abzuhaltende Europäische Jahr des Kinos und des Fernsehens sowie eine Nord-Süd-Kampagne zur «Interdependenz und Solidarität» im Stadium der Realisierung seien.

Liechtenstein als Gastland

Nach einer Erläuterung der Reaktionen des Ministerkomitees auf die sowjetische Öffnungspolitik gab Brunhart einen Überblick über die künftigen Fachministerkonferenzen und deutete an, dass Liechtenstein im Oktober 1988 Gastland sein werde für die 5. Paneuropäische Konferenz der Direktoren der nationalen Forschungsinstitute im Bereich der Erziehung. Erwähnung fand in seinen Ausführungen auch die Europäische Umweltministerkonferenz in Lissabon, bei der die Ausarbeitung einer europäischen Bodenschutzkonvention beschlossen wurde. Den Antrag zu dieser Konvention hatte der liechtensteinische Ressortinhaber für



seinen weiteren Ausführungen «die starke Verbundenheit Liechtensteins zum Europarat» aus, indem er auf die Bedeutung der Arbeit des Europarates hinwies. «Dass unser kleiner Staat, als jüngstes Europaratsmitglied, in gleichberechtigter Weise mitarbeiten kann, zeugt davon, dass die Grundsätze dieses Hauses auch gelebt werden und die Rechte des Einzelnen sowie der Staaten, unabhängig ihrem unterschiedlichem politischem Gewicht, geachtet werden.» Er unterstrich aber auch, dass für Liechtenstein die guten Beziehungen zu seinen zwei Nachbarstaaten Schweiz und Österreich im Vordergrund stünden, vor allem zur Schweiz, mit der Liechtenstein eine Reihe von Verträgen abgeschlossen habe. Liechtenstein begrüsst nach seinen Worten jedoch die sich abzeichnenden Fortschritte der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der EFTA als «Zeichen einer begrüssenswerten Dynamik».



Gesprächsrunde der Liechtenstein-Vertreter am Rande der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg: Von rechts Louis Gassner, Felix Hassler, Dr. Gerard Batliner, Emma Brogle und Paul Kindle. (Bilder: K. Schädler)

Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention

Die von den Abgeordneten des Europarates gestellten Fragen umfassten eine recht weitgespannte Thematik. Fragen kamen zur Rolle des Europarates in Bezug auf das europäische Aufbauwerk, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Liberalisierungspolitik Gorbatschows bis zur Forderung nach weiteren

Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention

Die von den Abgeordneten des Europarates gestellten Fragen umfassten eine recht weitgespannte Thematik. Fragen kamen zur Rolle des Europarates in Bezug auf das europäische Aufbauwerk, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Liberalisierungspolitik Gorbatschows bis zur Forderung nach weiteren

Liechtenstein geht am weitesten

In der Ostschweiz fallen Steuervorteile für Kat-Besitzer

Während in Liechtenstein sogar beachtlich ist, zusätzlich mit Katalysator nachgerüstet, nicht ganz den US-Normen 83 entsprechende Fahrzeuge bis Ende 1989 von der Steuer zu befreien, muss im benachbarten Kanton Graubünden, wo Kat-Besitzer seit 1985 in den Genuss einer 50prozentigen Ermässigung der Motorfahrzeugsteuer kamen, ab nächstem Jahr wieder für alle Fahrzeugtypen die volle Steuer entrichtet werden. Im Kanton St. Gallen wird die Einführung eines Bonus-Malus-Systems diskutiert.

Der Bündner Regierungsrat begründet seinen Beschluss in einer Mitteilung vom Mittwoch mit der Verschärfung der Abgabebestimmungen des Bundes auf den 1. Oktober, mit der die Notwendigkeit entfallt, finanzielle Anreize zu bieten. Die Bündner Regierung hatte den an sich Ende September auslaufenden Spezialsteuer-Erlass aber noch bis Ende Jahr verlängert, weil sonst das Strassenverkehrsamt mit einem erheblichen Aufwand 8000 Zusatzrechnungen hätte erstellen müssen.

In der vergangenen Woche überwies der Grosse Rat relativ knapp ein ursprünglich als verbindlichere Motion ge-

Bemühungen des Europarates über das Schicksal des nach dem Zweiten Weltkrieges verschwundenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg. Ferner wollten die Abgeordneten wissen, wie sich das Ministerkomitee zum Visumszwang für europäische Länder stelle und wie weit die Bestrebungen zur Verbesserung der Koordination in den europäischen Gremien gediehen seien.

Auf Interesse stiessen auch die Fragen der liechtensteinischen Abgeordneten Louis Gassner über die Unterzeichnung der weiteren Protokolle zur Europäischen Menschenrechtskonvention sowie des VU-Abgeordneten Paul Kindle über die Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Europarat durch die Mitgliedstaaten. Wie Brunhart zur Menschenrechtskonvention ausführte, werde Liechtenstein noch in diesem Jahr das zweite Protokoll zur Konvention ratifizieren und gedanke das gleiche im kommenden Jahr mit dem sechsten Protokoll zu tun. Der Landtag erhalte eine entsprechende Vorlage, sobald das neue Strafgesetzbuch mit der Abschaffung der Todesstrafe am 1. Juli 1988 in Kraft getreten sei. Zur Erinnerung an die Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung führte Brunhart in diesem Zusammenhang an, dass Liechtenstein zwar erst jetzt die Todesstrafe formell abgeschafft, doch die Todesstrafe mehr als zweihundert Jahre lang nicht mehr vollstreckt habe. (G.M.)

VPBank mit gutem Quartalsergebnis

Die Verwaltungs- und Privat-Bank AG, Vaduz (VPBank), blickt auf ein gutes drittes Quartal 1987 zurück. Die Bilanzsumme hat sich seit dem 30. Juni 1987 um 3.1 Prozent auf 2.400 Milliarden Franken erhöht. Die gesamten Ausleihungen an Kunden verzeichneten einen Zuwachs um 43.7 Millionen auf 481.6 Millionen Franken. Auffallend auf der Passivseite ist der weitere Zuwachs der kurz- und mittelfristigen Kundengelder (Spar- und Depositengelder, Kassenobligationen + 3.8 Prozent; Kreditoren auf Sicht und Zeit + 4.0 Prozent).

Erfreulich ist die Ertragsentwicklung. Dank erfolgreicher Akquisitionstätigkeit konnte die Sparte Vermögensverwaltung weiter ausgebaut werden. Was sich im gesteigerten Kommissionsgeschäft niederschlägt. Die indifferenten Erträge übertreffen durchwegs die Zahlen des vorangegangenen Quartals. Gesamthaft gesehen liegt das Kommissionsgeschäft über dem Vorjahresergebnis. Das Zinsdifferenz- und Devisengeschäft entwickelt sich im Rahmen des Vorjahres.

Für das vierte Quartal 1987 erwartet die Geschäftsleitung bei anhaltend guter Börsenlage ein sehr gutes Jahresergebnis.

Europarat prangert den Kinderhandel an

Strassburg (AP) Ein energischeres Vorgehen gegen alle Formen des Kinderhandels und des Missbrauchs von Minderjährigen hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates von den 21 Mitgliedsstaaten der Strassburger Organisation gefordert. Ein der Versammlung am Dienstag vorgelegter Bericht konzentriert sich dabei auf illegale Adoptionen, auf Kinderprostitution und die Ausbeutung Minderjähriger bei Arbeitseinsätzen. Nachdrücklich verweist die Versammlung in ihrer einstimmig verabschiedeten Empfehlung darauf, «dass Kinder ein Recht darauf haben, behütet und unter humanen Bedingungen aufzuwachsen, und dass die Gesellschaft die Verpflichtung hat, sie zu beschützen und ihre Interessen wahrzunehmen».

Die Regierungen werden aufgefordert, speziell für Adoptionen ausländischer Kinder die Schutzmassnahmen und Überwachungsvorschriften zu verbessern und insbesondere darüber zu wachen, dass «sich für die an der Vermittlung Beteiligten keinesfalls finanzielle Profite ergeben dürfen».

Zum Thema Kinderprostitution verweist der Bericht auf Schätzungen, wonach in Städten wie Paris bis zu 5000 Minderjährige – Jungen und Mädchen – auf diese Art ihr Geld verdienen. Auf internationaler Ebene sei Kinderprostitution nur ein Aspekt der normalen Prostitution, die durch einen «Handelsstrom von Süden nach Norden» gekennzeichnet sei. Auch die Kinderpornographie verfüge über einen florierenden Markt.

Innenpolitische Schluppe für Reagan

Washington (AP) Der Justizausschuss des amerikanischen Senats hat am Dienstag die Nominierung des als erzkonservativ geltenden Juristen Robert Bork zum Richter am Obersten Gericht abgelehnt und damit US-Präsident Ronald Reagan eine schwere innenpolitische Schluppe bereitet. Mit neun gegen fünf Stimmen sprachen sich die Senatoren gegen den Wunschkandidaten Reagans aus.

Mit der Abstimmung des Ausschusses endete ein dreiwöchiges Anhörverfahren, in dem Borks politisch-juristische Haltung unter die Lupe genommen worden war. Ausschussvorsitzender Senator Joseph Biden sagte nach der Abstimmung, er sehe keine Aussichten dafür, dass Bork im Senatsplenarium bestätigt werde. Es sei nun an Bork zu überlegen, ob er Reagan ersuchen wolle, von seiner Nominierung abzusehen.

Wir kauften seit 1975 über 58.000 Forderungen im Wert von SFR 130 Millionen

ALLGEMEINE VERMÖGENS-VERWALTUNGS AG
FL-9490 Vaduz, Spaniahof
Tel.: 075/2 90 92 Serie

Factoring ist eine Sache von Erfahrung und Kapital

In seiner Funktion als Vorsitzender des Ministerkomitees in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beantwortete Regierungschef Hans Brunhart auch die Fragen aus den Reihen der Parlamentarier.

Umweltschutz, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, gestellt.

Ferner erwähnte Brunhart, dass unser Land seit seinem Beitritt zum Europarat bereits über zwanzig Konventionen des Europarates unterzeichnet habe und beabsichtige, noch in diesem Jahr fünf weiteren Konventionen beizutreten. Wörtlich führte er dazu aus: «Wir räumen diesem Zusammenschluss der rechtsstaatlichen und demokratischen Staaten Europas die entsprechende Priorität ein, um die Intensität unserer Mitarbeit sukzessive zu erhöhen und die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ein besonderes Augenmerk schenken wir der Arbeit des Europarates im Bereich der Menschenrechte, wobei die Anpassung unserer Gesetzgebung an diese Normen ein ständiges Anliegen unserer legislativen Tätigkeit ist.»

Verbundenheit mit Europa
Regierungschef Brunhart drückte in

Balans®
REZEPTREI

THONY office

FL 9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22